25 Armeen oder eine?

Was meinen Jugendliche dazu?

Was ein Jahr zuvor bei Erwachsenen abgefragt wurde, wollten Schüler der HBLA Strassergasse in Wien auch von Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren wissen. Auf Initiative ihrer Professorin, Dr. Roswitha Doralt, und mit Unterstützung von Dr. Gerhard Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde eine Umfrage unter mehr als 2000 Schülerinnen und Schülern in Wien und Umgebung gestartet. Das Ergebnis wurde Mitte März im Pressclub Concordia im Beisein von Stadtschulratspräsidentin Dr. Brandsteidl und Ministerialrat Mag. Wirtitsch vom Bildungsministerium präsentiert.

Bei der Umfrage im November 2003 wurden exakt dieselben Fragen gestellt, wie von der ÖGfE bereits im Oktober 2002 im Rahmen einer österreichweiten Telefonumfrage bei 1000 Befragten über 16 Jahre. Hier müsste jedoch darauf verwiesen werden, daß ein Vergleich von zwei Umfragen, welche zeitlich ein Jahr auseinanderliegen, eine gewisse Problematik in sich birgt. Noch dazu, wenn in dieser Zeitspanne von den USA der "Irak-Krieg" geführt wurde.

Dr. Bauer betonte gleich zu Beginn, daß es zwischen den Antworten der Erwachsenen und der Jugendlichen gar keine großen Unterschiede gebe. So antworteten auf die Frage "Nehmen wir an, es kommt zur Bildung einer gemeinsamen Europäischen Armee. Sollte Österreich Ihrer Meinung nach daran teilnehmen?" 55 % der Schüler mit Ja (Erwachsene 2002: 63 %) und 35 % der Schüler mit Nein (Erwachsene: 33 %).

Auf die Frage "Was meinen Sie? Benötigt die Europäische Union so wie die USA militärische Stärke, um Ihre Interessen in der Welt durchsetzen und ihre Bürger schützen zu können?" antworteten die Schüler 2003 zu 26 % mit Ja, zu 61 % mit Nein. Die Über-16-Jährigen hatten 2002 zu 47 % mit Ja und zu 47 % mit Nein geantwortet. Allerdings gilt es zu hinterfragen, ob es methodisch sinnvoll war, Europa suggestiv in Verbindung mit den USA und deren Umgang mit ihrer militärischen Macht zu bringen. Andererseits ist anzunehmen, daß hier der Aussagewert als sehr gering zu betrachten ist, weil eine Verquickung dieser Frage nach einer weltweiten Durchsetzung von Interessen mit dem Schutz der Bürger in Europa unzulässig erscheint und eine Zuordnung des Befragungsergebnisses nicht möglich ist.

Kritik könnte ebenfalls an der Fragestellung "Sollte sich eine Europäische Armee auf Maßnahmen zur Friedenssicherung beschränken, wie es etwa Österreich am Golan und in Zypern getan hat, oder auch einen Frieden erzwingen wie am Balkan und in Afghanistan?" geübt werden. Uninformierte wissen vielleicht gar nicht, daß Österreich innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU aufgrund des Artikels 23f Bundesverfassungsgesetz im Rahmen der "Petersberg"-Aufgaben auch bei Kampfeinsätzen zur Krisenbewältigung und an friedenschaffenden Einsätzen (einschließlich Waffengewalt) teilnehmen kann.

Eindeutig sprechen sich die Schüler für die Bildung einer gemeinsamen Europäischen Armee aus (68 %). Die Erwachsenen waren ein Jahr zuvor zu 73 % dafür. Diese

gemeinsame Armee sollte für die Jugendlichen zu 71 % ein Berufsheer aus Freiwilligen sein (Erwachsene: 82 %). Nur 24 % der Schüler (Erwachsene: 34 %) sind für eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO. 57 Prozent der Schüler (Erwachsene: 59 %) wollen eine völlig selbständige Armee.

Leider wurde nicht gefragt, ob die europäischen Bürger bereit sein würden, die politischen Verantwortlichen darin zu unterstützen oder gar dahin zu drängen, dieser europäischen Armee für ihre völlige Selbständigkeit auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dass sich dann bei einer "europäischen Armee" trotz der übertragener Souveränität des Verteidigungsbereiches auf die supranationale Ebene 76 % der Schüler (Erwachsene: 69 %) gleichzeitig für die Beibehaltung der Neutralität aussprechen, verwundert den gelernten Österreicher auch nicht mehr.

Auf alle Fälle ist das Engagement der Schüler anzuerkennen, die mit diesem Projekt bewiesen haben, daß sich auch Jugendliche mit komplexen Themenbereichen der Politik – in diesem Fall der Sicherheitspolitik auseinandersetzen wollen.

Egbert Apfelknab

(erschienen im SOLDAT Nr. 6/2004)